

Wochenspiegel

Darüber diskutiert Frankreich

28. März - 03. April 2026

Der französische Präsident Emmanuel Macron war vom 31. März bis 2. April zu einem mehrtägigen Staatsbesuch in Japan und anschließend in Südkorea. Zum Abschluss seines Japan-Besuchs wurde er vom japanischen Kaiser Naruhito und von Kaiserin Masako empfangen. Macron hob die Übereinstimmung zwischen der „französischen und europäischen Strategie“ sowie der „japanischen Strategie“ hervor. Beide verfolgen das gemeinsame Ziel einer „ausgewogenen Prosperität des 21. Jahrhunderts“ in einem Rahmen des Friedens, der auf „demokratischen Werten“ basiert. Er betonte, dass diese Vision eine Unabhängigkeit von hegemonialen Mächten, insbesondere Washington und Peking, erfordere. In diesem Zusammenhang schlug Macron vor, die Partnerschaft zwischen Frankreich und Japan als Basis einer „Koalition der Unabhängigen“ zu etablieren, die europäische und asiatische Länder sowie große Schwellenländer wie Indien und Brasilien umfasst. Macron betonte die Bedeutung der Autonomie, insbesondere in den Bereichen Technologie und Wirtschaft, und warnte davor, dass technische Lösungen nicht von großen Mächten abhängig sein sollten, die versuchen, andere Länder zu unterwerfen. In Südkorea traf sich Macron anschließend mit seinem Amtskollegen Lee Jae-Myung. Mit diesem zweitägigen Staatsbesuch, der die 140-jährige diplomatische Beziehung zwischen den beiden Ländern feiert, soll die strategische Partnerschaft weiter ausgebaut werden. Auch in Südkorea schlug Macron die Bildung einer „Koalition der Unabhängigen“ vor. Zudem lud er das Land zum G7-Gipfel in Évian ein.

Beim „CB-Gipfel“, dem Treffen der Akteure im französischen Karten- und Mobilzahlungsverkehr, hat sich Emmanuel Macron für die französische Souveränität im Zahlungsverkehr gegenüber den Unternehmen Visa und Mastercard ausgesprochen. CB (Cartes Bancaires) ist das führende Kartenzahlungs- und Bargeldabhebungssystem in Frankreich. Es wurde 1984 gegründet. In einem auf dem Gipfel ausgestrahlten Video erklärte Macron am 31. März, dass Zahlungsmethoden ein wesentlicher Bestandteil der französischen Souveränität seien. Angesichts der Dominanz von Visa und Mastercard betonte er, wie wichtig es für Frankreich sei, seine Zahlungsabwicklungen zu kontrollieren, um nationale wirtschaftliche Interessen zu wahren. Der Verzicht auf diese Kontrolle würde laut Macron bedeuten, sich auf ausländische Akteure zu verlassen, deren Interessen möglicherweise nicht mit den nationalen übereinstimmen. Im Jahr 2024 waren in Frankreich 77 Millionen CB-Karten im Umlauf, mit denen Transaktionen im Wert von 14,5 Milliarden Euro getätigt wurden. CB ist nach wie vor führend, verliert jedoch aufgrund der Konkurrenz sowie des Wachstums mobiler Zahlungen Marktanteile. Im zweiten Halbjahr 2025 stiegen die Marktanteile des „Groupement des Cartes Bancaires“ (GIE CB) jedoch leicht auf 63,6 % nach 61,4 % zu Jahresbeginn. Das GIE CB, das 80 % der Transaktionen in Frankreich abwickelt, stellt ein einzigartiges Modell in Europa dar. Macron rief dazu auf, dieses Modell auch auf nationaler und europäischer Ebene zu übernehmen.

Premierminister Sébastien Lecornu kündigte am 2. April in Bordeaux an, dass in der kommenden Woche neue „gezielte“ Hilfen zur Begrenzung des Anstiegs der Kraftstoffpreise vorgeschlagen werden sollen. Während eines Pressetermins erklärte Lecornu, dass die Hilfen vor allem für diejenigen bestimmt seien, die nicht auf das Auto verzichten können. Er betonte, dass es im Land weder einen „Benzinmangel“ noch eine „Krisensituation“ gebe, wenngleich einige Tankstellen mit „logistischen Problemen“ zu kämpfen hätten. Lecornu wies darauf hin, dass eine mögliche Steuererhöhung aufgrund der gestiegenen Kraftstoffpreise zu einer zusätzlichen Einnahmequelle führen könnte, die zur Förderung der Elektrifizierung und Dekarbonisierung der Wirtschaft genutzt werden sollte. Diese Aussage stieß auf Kritik von Rechts und von Rechtsaußen sowie auf Skepsis vieler Ökonomen, die einen steuerlichen Überschuss für unrealistisch hielten. Lecornu forderte den beauftragten Minister für öffentliche Finanzen, David Amiel, auf, am Freitag weitere Informationen zu diesem Thema bereitzustellen. Das Ziel sei, niemanden „zurückzulassen“, jedoch auch keine unnötigen Ausgaben zu tätigen.

Premierminister Sébastien Lecornu kündigte am 1. April, dass die französische Regierung einen Plan zur Elektrifizierung der Wirtschaft vorlegen wird, um die Abhängigkeit von fossilen Brennstoffen zu verringern. Der Plan soll durch zusätzliche Steuereinnahmen finanziert werden. Lecornu fordert seine Minister auf, Maßnahmen zur Elektrifizierung zu identifizieren und die Nutzung der Kraftstoffsteuereinnahmen vorzuschlagen. Ziel ist eine Senkung der Abhängigkeit von fossilen Brennstoffen von 60 % (2023) auf 40 % (2030) durch den Ausbau von Elektrofahrzeugen und die Ausstattung von Gebäuden mit Wärmepumpen. Zusätzlich sollen alternative Finanzierungsquellen mobilisiert werden. Lecornu betont, dass der Plan angesichts der Rohölpreiserhöhung durch den Nahen-Ost-Konflikt dringend vorangetrieben werden müsse. Er spricht sich dafür aus, die Elektrifizierung des Transports und der Energieversorgung als Frage der nationalen Sicherheit zu betrachten. Bis 2030 sollen bestimmte Berufsgruppen Zugang zu Elektrofahrzeugen erhalten.

In einem Zeitungsartikel (*Les Echos*) kündigte die französische Ministerin für Energie und Regierungssprecherin Maud Brégeon am 1. April die Wiederaufnahme von Ausschreibungen für Offshore-Windparks an. Damit verfolgt die Regierung

das Ziel, Frankreich zu einem führenden Akteur in Europa und weltweit im Bereich der erneuerbaren Energien zu machen. Es sind zehn Offshore-Windparks mit einer Gesamtleistung von 10 Gigawatt (GW) geplant. Dies wäre ein erheblicher Schritt nach vorne, da derzeit nur 2 GW in Betrieb sind. Berücksichtigt werden zwei Hauptarten der Windkrafttechnologie: traditionelle, fest installierte Windturbinen und neuere, schwimmende Windturbinen. Der Wettbewerb wird von der Energie-Regulierungsbehörde durchgeführt; die ersten Gewinner sollen Ende 2026 oder Anfang 2027 feststehen. Das Projekt wird nicht nur die Energieproduktion stärken, sondern auch bis zu 3.500 neue Arbeitsplätze in der Industrie schaffen. Trotz gestiegener Kosten durch Inflation und steigende Preise soll der Preis für Offshore-Windenergie auf unter 100 Euro pro Megawattstunde gesenkt werden. Die Regierung verfolgt auch Pläne für Solarenergie. Die Ausschreibungen für Solaranlagen und Onshore-Windkraftprojekte werden jedoch erst ab 2026 schrittweise voranschreiten. Das Ziel der langfristigen Energiepolitik ist es, bis 2030 von fossilen Brennstoffen auf saubere Energiequellen umzusteigen.

In der Nationalversammlung wurde am Montag, dem 30. März 2026, ein Änderungsantrag des *Rassemblement National (RN)* verabschiedet, der darauf abzielt, die Strafen bei Sozialbetrug drastisch zu erhöhen. Der von dem Abgeordneten David Magnier vorgestellte Antrag sieht bei Wiederholungstaten Bußgelder vor, die bis zum Fünffachen des unrechtmäßig erhaltenen Betrags steigen können. Darüber hinaus sieht er die Aussetzung sozialer Rechte bei wiederholten Verstößen vor. Der Antrag wurde mit knapper Mehrheit von 27 zu 24 Stimmen angenommen. Einige Abgeordnete der Rechten und der Mitte unterstützten ihn, während die Linke dagegen stimmte und die Maßnahme als ungerecht gegenüber den Ärmsten kritisierte. Der für öffentliche Finanzen beauftragte Minister David Amiel wies den Vorwurf zurück, der Gesetzesentwurf treffe gezielt arme Menschen, und betonte, dass die Mehrheit des Sozialbetrugs von professionellen Täuschern ausgehe. Eine Abstimmung über das gesamte Gesetz ist für den 7. April geplant.

PARLAMENT, PARTEIEN & PERSONEN



David Lisnard, der Bürgermeister von Cannes, hat offiziell die Partei *Les Républicains (LR)* verlassen und seine Kandidatur für die Präsidentschaftswahlen 2027 bekannt gegeben. Lisnard, der bei den Kommunalwahlen mit 81 % der Stimmen als Bürgermeister von Cannes wiedergewählt wurde, kündigte an, mit einem „liberalen, sicherheitsorientierten, bildungs- und wissenschaftlichen“ Programm in den Wahlkampf ziehen zu wollen. Er äußerte seine Unzufriedenheit mit den jüngsten strategischen Entscheidungen der *LR*, darunter die Beteiligung von Ministern der Partei an der Regierung Lecornu sowie die Abstimmung von *LR*-Abgeordneten über den Haushalt 2026. Zudem kritisierte er die unklaren Verfahren zur Wahl eines *LR*-Kandidaten für die Präsidentschaftswahl. Die Partei selbst gab am Dienstag, dem 31. März, bekannt, dass sie im April ihre Mitglieder konsultieren wird, um über das Verfahren zur Bestimmung ihres Präsidentschaftskandidaten abzustimmen. Zur Auswahl stehen drei Optionen: eine geschlossene Primärwahl (nur für Parteimitglieder), eine offene Primärwahl (auch für Sympathisanten) oder die direkte Nominierung des Parteivorsitzenden Bruno Retailleau. Letzterer hat bereits seine Kandidatur für das Jahr 2027 angekündigt. Der Fraktionsvorsitzende der *LR*, Laurent Wauquiez, plädiert hingegen öffentlich für eine breitere Vorwahl „von Édouard Philippe (*Horizons*) bis Sarah Knafo (*Reconquête*)“.

DIE ZAHL DER WOCHE

3		4	7
0	8	6	5
5	2	3	1
7	4	9	2
9	8	2	0
			1

10. April 2026

Der französische Präsident Emmanuel Macron wird am **10. April 2026** Papst Leo XIV. im Vatikan treffen. Es ist das erste Treffen der beiden seit der Wahl des neuen Papstes im Mai 2025. Emmanuel Macron wird von seiner Frau Brigitte Macron begleitet. Er plant, internationale Themen wie den Nahostkonflikt sowie das französische Gesetz zur Sterbehilfe, über das ab Mai im französischen Senat debattiert wird, zu besprechen. Das Treffen findet zwischen den Osterfeierlichkeiten und dem Jahrestag des Todes von Papst Franziskus, dem Vorgänger von Leo XIV., statt. Zwei zuvor geplante Begegnungen mussten aufgrund von Terminüberschneidungen abgesagt werden. Im Mai 2025 führten Macron und der Papst jedoch bereits ein Telefongespräch, in dem unter anderem der Frieden in der Ukraine und in Gaza thematisiert wurde.